

Pränumerations-Preise:

Für Laibach:

Ganzjährig . . . . .	8 fl. 40 kr.
Halbjährig . . . . .	4 „ 20 „
Vierteljährig . . . . .	2 „ 10 „
Monatlich . . . . .	— „ 70 „

Mit der Post:

Ganzjährig . . . . .	11 fl. — kr.
Halbjährig . . . . .	5 „ 50 „
Vierteljährig . . . . .	2 „ 75 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

Laibacher

# Tagblatt.

Redaktion:

Bahnhofgasse Nr. 132.

Expedition und Inseraten-

Bureau:

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmayr & S. Bamberg).

Inserationspreise:

Für die einseitige Zeitspalt 3 kr. bei zweimaliger Einschaltung 4 5/6 kr. dreimal 7 kr.

Inserationspreis jedesmal 30 kr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 32.

Donnerstag, 9. Februar 1871. — Morgen: Scholastika.

4. Jahrgang.

## Das neue Ministerium und sein Programm.

In der gesammten deutsch-liberalen Presse ist über das neu ernannte Ministerium nur der Ausdruck des Erstaunens, ja der Verblüffung zu lesen. Dasjenige, was über die Antezedentien der meist obstrukturen Männer der neuesten Ausgleichsära verlautet, erfüllt die liberale Partei mit gerechtem Mißtrauen. Auch das von uns heute mitgetheilte neue Ministerprogramm ist — wie die „N. Fr. Presse“ bemerkt — schwer verständlich, weil es zweifelsohne ursprünglich (tschisch) geschrieben war und nur in einer Uebersetzung vorliegt; es kann niemanden über die Ziele der nun inaugurierten Politik täuschen. Wir kennen nachgerade diese Anhäufung der heterogensten Versprechungen, diese Vereinigung der widersprechendsten politischen und nationalen Gegensätze zu einer harmonischen Fraise, diese Konstruktion der unumgänglichen Probleme. Auf der einen Seite die Betonung der unentbehrlichen Attribute der Staatseinheit und auf der anderen die Verheißung neuer Zugeständnisse an das föderalistische System; auf der einen Seite die nachdrückliche Zurückweisung präferirter Kompromisse mit dem Separatismus, und auf der anderen Seite wieder die Willfährigkeit gegenüber den sogenannten berechtigten Eigenthümlichkeiten; auf der einen Seite die Verkündigung der Versöhnung mit Allen, und auf der anderen Seite die Androhung der schonungslosen Strenge wider alle feindlichen Bestrebungen. Die Fraiseologie der Ausgleichspolitik hat sich erschöpft, und nachgerade hat man die freie Wahl, sich bei den nänlichen Worten, je nach ihrem Urheber, das gerade Gegentheil zu denken. Schmerling und Belcredi, Hafner und Potocki — sie haben alle ausgeglichen; Alle haben sie die Staatseinheit betont und der provinziellen Autonomie zugleich huldigen wollen, und alle sind sie an dem Probleme, prinzipielle Gegensätze zu vereinigen, zu Grunde gegangen. Wer heute nach Potocki, nach einem Ministerium, das vergeblich den Tschechen bis Prag entgegengegangen, noch den Ausgleich und die Kontinuität der Verfassung proklamirt, kann keine andere Mission haben, als der föderalistischen Reaktion vorzuarbeiten.

Wer hätte nicht eingestimmt, wenn wirklich Männer die Regierung übernommen hätten, die über den Parteien stehen! Aber sind diese sechs, weil sie bis gestern außerhalb aller politischen Kreise gestanden, über den Parteien? Wer über den Parteien stehen will, muß sich eines bevorzugten Geistes, eines erhabenen Sinnes rühmen können, sonst steht er wohl außerhalb der Parteien, aber nicht einmal neben, geschweige denn über ihnen. Aus der Anzeige, die Wahlreform zu wollen, leitet man noch nicht den Rechtstitel zu einem Staatsmanne ab, umsoweniger, wenn man für diese Wahlreform nicht mehr zu geben vermag, als eine vieldeutige Fraise, und womit wollen sich denn die neuen Männer von heute, wie sie sagen, den Namen einer wahrhaft österreichischen Regierung verdienen? Sie täuschen sich, wenn sie meinen, die großen Interessen des Volkes pflegen zu können. Sobald sie neue staatsrechtliche Experimente unternehmen, wie sie dies vor-

herzagen, sind sie bereits unfähig, die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu lösen, und ihr Appell an das ideale Oesterreicherthum muß ohne Echo bleiben, da sie ein Unternehmen inauguriren, das die besten Oesterreicher, die Deutschen ihnen entfremdet. Klingt die Verheißung, das nun allen Volksstämmen die gänzliche Gleichberechtigung gewährt werden wird, nicht wie eine Anklage, als ob bisher dem Staatsgrundgesetze noch nicht sein Recht widerfahren wäre? Welche Nationalität hat denn noch über Zurücksetzung zu klagen? Fast möchten wir glauben, daß damit gar den Deutschen ein Trost gegeben sein sollte, denn die anderen Nationen haben nun ihr Theil, und unseres Wissens gibt es keine nationalen Beschwerden mehr. Die Feindseligkeiten wider die Verfassung entspringen der politischen Herrschsucht, und wenn schon das Ministerium Potocki mit seiner Bereitwilligkeit zu Konzessionen nicht ausreichte, den Frieden herzustellen, nun wahrlich, dann kann es das Ministerium Fircsek nur noch damit versuchen, den Deutschen die Rolle der Tschechen zuzumuthen.

### Programm des neuen Ministeriums.

Die „Wiener Zeitung“ schreibt: In einem hochernsten Moment übernehmen die nunmehrigen Rathgeber der Krone ihre verantwortlichen Funktionen.

Allein stark durch das Vertrauen und die ihnen zugesicherte Unterstützung ihres Kaisers, auf die patriotische Gesinnung der Volksvertretung und der gesammten Bevölkerung bauend, persönlich unbefangenen der gegenwärtigen verworrenen Lage gegenüber, und unter sich über Ziele und Mittel vollkommen einig — treten sie an ihre Aufgabe mit dem festen Entschlusse heran, an das allgemein empfundene dringende Bedürfniß staatsrechtlichen Friedens und fruchtbarer Gestaltung der Staatsthätigkeit nachdrücklich und beharrlich zu appelliren.

Die neue Regierung wird, nachdem sie die volle Billigung Sr. Majestät für das detaillirte Programm in ihrer Thätigkeit bereits eingeholt hat, ihre ganze Kraft daran setzen, den Namen einer wahrhaft österreichischen Regierung für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zu verdienen. Den nationalen und politischen Gegensätzen gegenüber frei von jeder ausschließenden Parteirichtung und versöhnlich gegen Verirrungen, die der Vergangenheit angehören, — wird sie dagegen alle staatsfeindlichen Bestrebungen ohne Ausnahme mit der schonungslosen Strenge des Gesetzes niederbeugen und — eingedenk der Verpflichtungen gegen die andere Reichshälfte — das Nichtmaß ihres Handelns unverrückbar und ausschließlich der eigenthümlichen staatlichen Natur und an dem wahren politischen Bedürfnisse der diesseitigen Reichshälfte abnehmen.

Sie weiß, daß kein zweites Staatswesen stärker als das österreichische angewiesen ist auf friedliches Verhalten nach außen, auf frei-

heitliche Entwicklung und Versöhnlichkeit nach innen und auf gleichmäßige intensive Pflege der allen Volksstämmen gemeinsamen bürgerlichen Interessen; denn hierin ruht der unvergängliche politische Werth dieses Staates für seine eigenen Angehörigen, seine erhabene sittlich-humane Mission für Europa und seine große Verheißung für die Zukunft. Nicht minder ist sich aber die Regierung auch dessen bewußt, daß kein anderes Staatswesen von seinen leitenden politischen Organen in höherem Grade klares Bewußtsein über die Grenzen dessen, was dem Ganzen — und desjenigen, was den Gliedern gebührt, sowie den Willen und die volle Kraft erheischt, dem Gesetze nach allen Seiten volle Geltung zu verschaffen. Eine österreichische Regierung erfüllt daher lediglich ihre eigenste Aufgabe und ihre ganze Pflicht, wenn sie ohne Hintergedanken allen berechtigten Eigenthümlichkeiten freien und weiten Spielraum gewährt, dagegen nimmermehr präferirte Kompromisse mit dem Separatismus, welchen Namens immer, auf Kosten unentbehrlicher, staatseinheitlicher Attribute abschließt, noch gestattet, daß das Gedeihen und die Fruchtbarkeit des politischen Gesamtverbandes durch die Ueberhebung wilder Schosse des Parteitriebes in Frage gestellt werde.

Das bestehende Verfassungsrecht, dessen Kontinuität nicht unterbrochen werden könnte, ohne den ganzen öffentlichen Rechtszustand in ein Chaos aufzulösen, ist der Boden, auf welchem die Regierung steht. Auf diesem Boden wird sie allen berechtigten Wünschen entgegenkommen und folgerichtig Versöhnung vor allem dadurch anstreben, daß sie die Staatsgrundgesetze, namentlich Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, welcher allen Volksstämmen gänzliche Gleichberechtigung gewährleistet, nicht bloß dem Wortlaute, sondern auch dem Geiste nach zur vollen Ausführung bringt. In allen diesbezüglichen Fragen herrscht unter den Mitgliedern der neuen Regierung bereits ein vollständiges, alle wesentlichen Einzelheiten umfassendes grundfäßliches Einverständnis. Diesem zufolge wird die Regierung selbst durch eine Reihe von Vorlagen an den Reichsrath und an die Landtage die Initiative ergreifen, um den Ländern jene mögliche Erweiterung der legislativen und administrativen Autonomie zuzuwenden, welche mit der nothwendigen, die einzelnen Länder selbst schützenden Reichseinheit vereinbarlich ist. Hierbei wird auch die direkte Wahl in allen Landtagsgruppen und die vielseitig verlangte weitere Ausdehnung des activen Wahlrechtes von der Regierung vorgeschlagen werden.

Auch über die Grundsätze, nach welchen die einzelnen Ressortministerien zu verwalten, und über die großen Aufgaben, welche in einem jeden derselben zu lösen sind, besteht zwischen sämmtlichen Mitgliedern des jetzigen Ministeriums völlige Uebereinstimmung. Die Regierung unterläßt es jedoch, darüber schon jetzt vor der Oeffentlichkeit in Details

eingugehen, da sie durch die That zu bewähren gedenkt, was in einem Programm nur den Werth einer Versprechung hätte.

Groß ist die Aufgabe, welche von den neuen Rathgebern der Krone übernommen wird, und groß sind die Schwierigkeiten, welche ihnen gegenüberstehen. Diesen Schwierigkeiten werden sie jedoch jenen unbegreiflichen Muth und jenen zähen Widerstand entgegensehen, welcher dem guten Gewissen, klaren Willen und der Integrität öffentlichen Handelns entspringt. Sie wissen, daß sie hiebei auf eine in Millionen Herzen lebende österreichische Gesinnung zählen dürfen, und sie selbst werden für die Errichtung ihres hohen Zieles von den rechtmäßigen Befugnissen der Regierungsgewalt vollsten Gebrauch zu machen, sowie die rückhaltlose und aufopferungsvolle Unterstützung aller Verwaltungsorgane in Anspruch zu nehmen wissen.

So wird es dem Zusammenwirken der Organe der Regierung, der verfassungsmäßigen Vertretungskörper und der gesammten Bevölkerung gelingen, einen ebenso festen wie freien Verfassungsbau zu vollenden, welcher baldigst alle Völker der diesseitigen Reichshälfte zu froher und fruchtbarer staatlicher Arbeit glücklich und friedlich wiedervereinigt."

## Vom Kriege.

Im Südosten Frankreichs werden die Feindseligkeiten fortgesetzt, denn noch ist dort der Waffenstillstand nicht auch in Kraft gesetzt worden.

Die Deutschen, welche in den letzten Tagen durch wiederholte Gefechte die französische Ostarmee vollends über die Grenze gedrängt hatten, haben am 5. Morgens den wichtigen Eisenbahn- und Straßenknotenpunkt Vons-le-Saulnier besetzt. Während nun Mantouffel mit Theilen seiner Armee, 7. Korps, die schweizer Grenze beobachtet, haben andere Truppen, wahrscheinlich die beiden Reserve-Divisionen Debichy und Schmeling, die Zernierung von Besançon begonnen. In Dijon befindet sich die 4. Division des zweiten Armeekorps und in Vons-le-Saulnier wahrscheinlich die 3. Division desselben Armeekorps. Das 14. Korps (Badenjer und Brigade Goly) dürfte sich über Dôle gegen Chalons vorschieben und so die Verbindung zwischen Dijon und Vons-le-Saulnier herstellen. Sobald demnach die Entwaflnung der auf schweizer Gebiet übergetretenen französischen Heerestheile durchgeführt sein wird, werden drei deutsche Armeekorps, das 2., 7. und 14., zum Vormarsch nach dem Süden bereit sein, während die eben erwähnten zwei Reserve-Divisionen der Belagerung von Besançon und die Sicherung des Rückens der Mantouffel'schen Armee besorgen dürften. Wenn daher nicht bald auch im Südosten Frankreichs der Waffenstillstand eintritt, so könnte es sich leicht ereignen, daß dort noch ein neuer Zusammenstoß erfolgt.

Der zwischen dem General Clinchant und dem schweizerischen Kommandirenden, General Herzog, abgeschlossenen Konvention bezüglich des Uebertrittes der französischen Armee über die Grenze entnehmen wir, daß dieselbe bei dem Einmarsch in die Schweiz sämtliche Waffen, Ausrüstung und Munition, ferner die Kriegskassen dem Bundesrathe zu übergeben habe, der sich verpflichtet, dieselben nach dem Friedensschlusse und der Begleichung der Kosten, welche der Schweiz durch den Aufenthalt der französischen Truppen erwachsen, an Frankreich zurückzustellen. Pferde, Waffen und Effekten der Offiziere werden diesen zur Verfügung überlassen. — Der Einmarsch der Franzosen in die Schweiz begann am 1. d. M.; bis zum 4. waren bereits 66.000 Mann übergetreten, und zwar 50.000 bei Verrieres und 16.000 Mann bei Balorbe und Croix.

Die französische Nordarmee, deren Kommandant General Faidherbe noch immer an Widerstand zu denken scheint, ist in Lille eingerückt, wo sie sich während des Waffenstillstandes neu herrichten wird. Dieselbe besteht — nach preussischen Angaben — zur Zeit aus dem 75. Linienregimente und zirka 50.000 Mobilien und mobilisirten Garden.

Die Kavallerie, Artillerie, die Marinetruppen und ein Theil der Regulären bleiben in Douai. Da die festen Plätze des Norddepartements von französischen Verwundeten überfüllt sind, so hat die belgische Regierung eingewilligt, daß die Unglücklichen durch belgisches Gebiet transportirt werden dürfen.

## Politische Rundschau.

Laibach, 9. Februar.

Die Czechen bringen dem neuen Ministerium „zuwartendes Vertrauen“ entgegen; Habetinek's Vater, der in Prag Pfarschullehrer ist, desgleichen die Familie Safarit, die mit dem neuen Kultusminister verschwägert ist, empfangen czechischerseits Beglückwünschungen.

Die Vermittlung, welche vor einiger Zeit die Czechenführer zwischen den Polen und Russen versuchten, ist total mißlungen. Nachdem eine Zeit hindurch die galizischen Blätter die Einladungen der Czechen zu einem freundlichen Verhältniß mit Rußland mehr oder minder energisch zurückgewiesen, haben sie den Gegenstand ganz von der Tagesordnung abgesetzt. Man spricht nicht mehr davon.

Der „Preussische Staatsanzeiger“ veröffentlicht einen Erlaß vom 27. Jänner, betreffend die Erhöhung des auf Grund des Erlasses vom 21. Juli 1870 durch Anleihe zu beschaffenden Betrages von 80 auf 105 Millionen.

Fürst Carol wird vorderhand noch in Bukarest bleiben. Den Ausschlag gaben die von Versailles ausgegangenen Ermahnungen. Gerade die Haltung des preussischen Hofes soll es gewesen sein, wie ein Wiener Brief der „Tsgsp.“ mittheilt, welche den Fürsten so verstimmt, daß er an ein Aufgeben des Thrones dachte. Fürst Karl glaubte sich nämlich von Seite des preussischen Hofes ganz vernachlässigt; er hatte das Gefühl der Vereinsamung, des Verlassenwerdens, und das machte ihn ganz desperat. Die Versicherungen aber, die ihm von Versailles zuzugingen, beruhigten ihn; sie führten ihn zu Gemüthe, daß es nur die außerordentlichen Ereignisse seien, welche die Aufmerksamkeit für kurze Zeit von Rumänien abgelenkt haben, und daß von nun an die orientalischen Angelegenheiten wieder mehr Gegenstand der Beobachtung sein werden. Das half.

Das Haus Rothschild wird in nächster Woche in London die Pariser Contributions-Anleihe auflegen.

Die Pariser Regierung hat sich noch in letzter Stunde zu thatkräftigem Handeln aufgerafft, nicht nur um dem schwer heimgesuchten Lande den Frieden mit Deutschland endlich zu verschaffen, sondern es auch vor den Gräueln des Bürgerkrieges zu bewahren. Drei Regierungsmitglieder: Pelletan, Garnier-Pages und Arago wurden nach Bordeaux entsendet und letzterer anstatt Gambetta's zum Minister des Innern und zum einstweiligen Kriegsminister ernannt. Der Generaldirektor der Telegrafien wurde angewiesen, sofort ein Regierungsdekret in alle Departements zu verschicken, wodurch die vollkommene Wahlfreiheit wieder hergestellt und die Gambetta'sche einschränkende Verordnung aufgehoben wird. Dadurch ist vorderhand die Doppelregierung beiseite, und bei dem im zentralistischen Sinne vortrefflich organisirten Regierungsapparat werden wohl die Wahlen jetzt ziemlich anstandslos vor sich gehen. Die Wahlagitation ist, nachdem eben in Folge obiger Zwischenfälle der Wahntag hinausgeschoben wurde, jetzt im vollen Gange. Ueber den Ausfall sind die Meinungen getheilt, nur in Einem stimmen alle überein, daß die Napoleoniden, trotz energischer Anstrengungen ihrer Anhänger, für immer abgethan sind. Die Einen halten den Sieg der Republik für unwahrscheinlich und glauben an eine Wiederherstellung des Königthums unter den Orleans; andere wieder sind entgegengesetzter Ansicht, geben aber doch die Möglichkeit einer Präsidenschaft der Republik unter dem Herzog von Anmale zu.

Ob Gambetta gute Miene zum bösen Spiel

macht und freiwillig der Majorität der gemäßigten Regierung sich beugt, oder seine Drohung, daß er eine revolutionäre Regierung bilden werde, im Süden zu verwirklichen versucht, darüber fehlen vorderhand alle Andeutungen. Doch ist's nicht wahrscheinlich, daß der Diktator diesen Schritt unternimmt, er würde seine ganze Zukunft vernichten. Als Rebelle gegen die Republik geachtet, als Urheber eines Bürgerkrieges gebrandmarkt, müßte er bei der unvermeidlichen Niederlage im allergünstigsten Falle auf Jahre hinaus in die Verbannung wandern und wäre von der Mitkonkurrenz um die Präsidenschaft ausgeschlossen. Zieht er sich dagegen jetzt mit Protest gegen die „Auslieferung Frankreichs an die Barbaren“ zurück, so fällt ihm, wie die „Pr.“ meint, in der Konstituante die Führerschaft der extremen Partei des Widerstandes, der Opposition gegen die Launen und Blauen, gegen die „verkappten Parteigänger der Orleans“ zu. Nach dem Friedensschlusse aber steht er auf hohem Engenpfeilstal als der nationale Heros, der keine Schuld hat an der Abtretung des heiligen Bodens, den die deutschen Vandalen zugesprochen erhielten. Wie läßt sich das nicht bei dem Plebiszite ausbeuten, das dann über die Person des neuen Staatsoberhauptes entscheiden soll!

Ein Brüsseler Brief des „W. Tgbl.“ aber fürchtet auf Grund von Mittheilungen aus Frankreich selbst den Wiederausbruch des Krieges. Es heißt darin: Man weist nicht mit Unrecht darauf hin, daß erst die besonneneren und ruhigeren Theile Frankreichs den Krieg in seiner ganzen Furchtbarkeit kennen gelernt, und daß der leidenschaftlichere, der heißblütigste Theil Frankreichs das größere Gewicht in die Waagschale zu legen berufen sein dürfte. Namentlich fürchtet man die drei Städte Lyon, Bordeaux und Marseille! Französische Emigranten gehen sogar so weit, zu behaupten, daß der Friede nur erlangt werden könne, wenn diese drei Städte in Belagerungszustand versetzt worden wären! Ich füge hinzu, daß man mehr in französischen, als in belgischen und deutschen Kreisen fürchtet, daß ein Bürgerkrieg in dem unglücklichen Lande kaum zu vermeiden sein wird.

Die bevorstehenden Gemeinde- und Corteswahlen in Spanien werden den Prüffstein abgeben einerseits für die Festigkeit der Grundlage des neuen Königthums und andererseits für die konstitutionelle Ehrlichkeit desselben. Wenn die Resultate der Wahlen in den Gemeinden im vorwiegend republikanischen Sinne ausfallen sollten, so stände gewissermaßen ein Plebiszit dem Botum der Cortes gegenüber und König Amadeo wäre zur Abdankung genöthigt. Allein die üblichen Mittel werden auch wohl diesmal ihre Wirkung nicht versagen.

## Zur Tagesgeschichte.

Herr P. R. Zimmermann wurde vorgestern Nachmittags über Weisung des Herrn Statthalters zwangsweise von Graz nach Wien bestärkt. Um halb 2 Uhr verfügte sich ein k. k. Polizeioberkommissär in Begleitung eines Beamten und mehrerer Wachen in die Wohnung des Herrn Zimmermann, um diese Anordnung durchzuführen. Zimmermann lag im Bette und erklärte, noch krank zu sein und in diesem Zustande nicht sein Zimmer verlassen zu können. Da ihm aber bedeutet wurde, daß das von den Gerichtspräsidenten angestellte ärztliche Gutachten dahin laute, daß er nicht krank und vollkommen transportabel sei, so half alle Widerrede nichts. Zimmermann kleidete sich in Gegenwart des ihn behandelnden Arztes, Dr. Mayer, an und wurde, nachdem er noch früher einen Protest zu Protokoll gegeben, in einen bereit gehaltenen Wagen geleitet und von da nach einer Bahnstation geführt.

— Der ordentliche Professor des kanonischen und römischen Rechtes an der Grazer Universität Dr. Friedrich Bernhard Wassen wurde zum ordentlichen Professor der genannten Lehrfächer an der Universität in Wien ernannt.

— Ein rabiater Kaplan. Andreas Lorenz, der Kaplan von St. Anna am Kirchenberge

(Steiermark), war wegen einiger nicht weniger als priesterlichen Handlungen bei den Wahlen zu einer Geldstrafe verurtheilt worden; ein gewisser Kaiser hatte bei der Verhandlung eine ihn gravirende Aussage gemacht. Als nun Kaiser wenige Tage darauf zur Kommunion in die Kirche kam, apostrofirte ihn der Kaplan, ehe er ihm die Hostie reichte, mit den zornig ausgestoßenen Worten: „So, einen falschen Eid schwören und dann noch den Muth haben, den Leib Christi zu empfangen!“ Kaiser, den die Beschimpfung vor den vielen Leuten wurmte, ging zu Gericht und klagte den Kaplan. Nun wurde es aber diesem bange. Er übertrug dem Pfarrer die Vermittlung, und nachdem dieser wochenlang mit Kaiser und dessen Zeugen gefeilscht und gehandelt hatte, kam man endlich überein, daß der Kaplan jedem der Zeugen fünf Gulden, dem Beschimpften aber dreißig Gulden „für die Schande“ zu zahlen habe. Wehmüthig nahm Kaplan Lorenzic von seinen schönen Banknoten Abschied — doch sollte das Maß seiner Opfer noch nicht voll sein. Nun klagt nämlich der Rechtsanwalt Kaiser's, weil weder dieser, noch der Kaplan die Prozeßkosten zahlen will — und der hitzige Kaplan sieht die schmutzige Affaire trotz alledem und alledem noch an die große Glocke hängen. Er soll sich im stillen feierlich zugeschworen haben, künftighin die Hostien ohne alle Handglossen auszutheilen.

— Bekanntlich haben die Jesuiten sich herausgenommen, ihre Gymnasien in Oesterreich nicht nach den daselbst bestehenden Gesetzen, sondern nach den Regeln ihres Ordens zu organisiren. In neuester Zeit wurden die Gymnasien zu Feldkirch und Ragusa nach heftigem Widerstande den Jesuiten abgenommen und in weltliche Lehranstalten verwandelt. Aber auch andere geistliche Korporationen hatten ihre Gymnasien nach ihrem eigenen Gutdünken eingerichtet. Mahnungen waren fruchtlos. Man leistete passiven Widerstand, entschuldigte sich im besten Falle, und es blieb beim Alten. Es war klar, mit der bisherigen Gemüthlichkeit kam man nicht vorwärts. Die widerspenstigen dieser Ordenskonvente hielten ihre Gymnasien vollständig ein. Sie wurden in weltliche Anstalten umgewandelt; einige davon sind noch in solcher Umwandlung begriffen. Den anderen wurde in neuester Zeit die Vervollständigung ihrer Gymnasien nach einer Meldung der „N. Fr. Pr.“ durch geprüfte Professoren abermals eingeschärft und die Entziehung des Deffentlichkeitsrechtes, sowie des Rechtes, Maturitätsprüfungen abzuhalten, angedroht, wenn innerhalb eines gewissen Zeitraumes den Anforderungen des Gesetzes nicht Folge geleistet wird.

— Dieser Tage wurde die dreißigjährige Tochter des Schuhmachers aus Cermic (Bezirk Pilsen) dem Pilsener k. k. Kreisgerichte eingeliefert. Dieselbe geräth, ein todttes Kind vom 25. zum 26. Jänner in der Wohnung ihrer Eltern geboren und dasselbe in dem Sparherde verbrannt zu haben, ohne daß ihr Vater oder ihr Bruder, die mit ihr in demselben Zimmer geschlafen, etwas hiervon bemerkt hätten. Doch wurden in der Asche keinerlei Spuren von Knochen oder sonstigen Körperteilen aufgefunden.

— In Ungarn belausen sich, einer Mittheilung der „Pr.“ zufolge, die rückständigen direkten Steuern seit 1851 bis 1869 im ganzen auf 39,199.814 fl.

— Selbstmordchronik im Jahre 1870. Im Sanitäts-Hauptberichte der Stadt Wien, an dessen Redaktion außer dem Stadtskizlate ferner auch der Landes-Medizinalrath Theil nahm, weist die Rubrik „Selbstmorde“ die bedeutende Ziffer von 433 Personen beiderlei Geschlechtes aus, welche im Polizei-Bezirk Wien im Jahre 1870 ihr Leben durch Selbstmord geendet haben; hiervon kommen auf die Residenz 368 und die Vororte im Polizeibezirk 65 Fälle. Der jüngste Selbstmörder zählte 17, der älteste 78 Jahre. Die Motive sind gewöhnlich Subsistenzlosigkeit und schwere Kränkung, welche, namentlich das weibliche Geschlecht, zu diesem verzweifelten Schritte bringt. Nach statistischer Zusammenstellung starben 104 Personen am Genuß von Gift, 171 durch Sturz an Erhängen, 133 durch Ertränken, 13 durch Erschießen

9 durch Deffnen der Pulsadern, 2 durch Halsabschneiden, 1 durch Bauchaufschlitzen in japanischer Manier.

— Nach einer Mittheilung des Generalpostamtes in Berlin können von nun an gewöhnliche (d. i. nicht rekommandirte) unverschlossene Korrespondenzen nach Paris versendet werden. Die Taxen für diese Korrespondenzen sind die gleichen, wie vor dem Ausbruche des Krieges, das ist 25 kr. für je  $\frac{1}{10}$  Loth für frankirte Briefe und 6 kr. für je  $2\frac{1}{10}$  Loth für Drucksachen unter Band und für Waarenproben. Verschlossene Briefe nach Paris werden nicht abgefesdet.

— Es ist erst nach Befestigung der Pariser Forts bekannt geworden, daß noch viele Deutsche in Paris zurückgeblieben waren. Der nordamerikanische Gesandte Washburne hat sich in dankenswerthester Weise derselben angenommen, 1700 oder mehr genährt und mit Geld unterstützt, ein Zimmer in seinem Hotel für sie heizen lassen, wo sie den ganzen Tag über sich aufhalten konnten und warme Getränke erhielten.

— Ueber die Ursache, welche den General Boubaki zum Selbstmord trieb, erfährt man, die Armee sei von den Intendanten tagelang ohne Lebensmittel gelassen worden, was natürlich die größte Unzufriedenheit bei den erschöpften Truppen hervorrief. Die Soldaten rotteten sich unter dem Rufe: „Nieder mit dem kaiserlichen Verräther!“ zusammen, was auf den General einen solchen Eindruck machte, daß er sich in Verzweiflung zurückzog, eine Pistole lud und sich zu erschießen versuchte.

— Im neuen Rom tanzt man jetzt recht fleißig; es folgen Bälle auf Bälle, welche durch den Besuch der königlichen Prinzen sehr glänzend ausfallen. Die Prinzessin Marguerite pflegt bis 5 Uhr Früh zu bleiben und am Lanze Theil zu nehmen. Die königlichen Prinzen und die genannte Prinzessin haben sich rasch beliebt gemacht.

## Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

### Total-Chronik.

— (Unsere Reichsräthe.) Einem vom Klub unserer national-keritalen Landtagsmajorität gefaßten Beschlusse zufolge werden, wie der „Triester Zig.“ geschrieben wird, die Herren: Handelskammersekretär Murnit, Dr. Costa, Handschuhmacher Horak, Graf Barbo-Waxenstein und Lukas Svetec bei Wiedereröffnung des Reichsrathes nicht mehr in demselben erscheinen. Der Beschluß wurde mit der bekannten Absehe des trainer Landtages motivirt, welcher seine Abgeordneten ausschließlich nur behufs der Wahl in die Delegation, zur Verathung der durch die Kriegereignisse bedingten finanziellen Maßregeln in den Reichsrath entsandte. Zwar machte sich in letzterer Zeit in nationalen Kreisen die Anschauung geltend, daß es doch verständiger wäre, noch einige Zeit im Reichsrathe zu bleiben, weil eine neuerliche Auflösung des Landtages ein zu gefährliches Experiment für die keritale Majorität desselben wäre, allein dem fortwährenden Drängen von Prag aus, noch mehr aber dem hieher mitgetheilten Beschlusse der dalmatinischen Abgeordneten, daß sie auch dem Reichsrathe den Rücken kehren, ist es zuzuschreiben, daß die slovenischen Abgeordneten, auch durch die Beschlüsse der Laibacher südslavischen Konferenz auf ein einheitliches Handeln angewiesen, sich entschlossen, aus dem Reichsrathe zu treten.

— (Der gestrige Kasinoball) übertraf in der Zahl der Besucher seine Vorgänger zwar nur um einiges, desto mehr aber ragte er durch die Anmuthigkeit der Stimmung hervor, was bei der lebhaften Tanzlust, die schon auf den bisherigen Bällen herrschte in der That viel sagen will. Gestern wurde mit wahrhaft heroischer Ausdauer getanzt und die vierte Morgenstunde fand fast noch sämtliche Tänzerinnen und Tänzer in ungeschwächter Thätigkeit am Plage. Auch in Bezug auf Beschmack und Eleganz der Toiletten nahm der gestrige Ball die erste Stelle ein.

— (Die Bezirksklassen) werden in Krain zufolge Erlaß des Ministeriums des Innern vom 3. Jänner auch im Jahre 1871 noch fortbestehen.

— (Bitte um wohlfeileres Kochsalz.) Die Brüner Handelskammer beschloß in ihrer letzten Sitzung, die von der Troppauer Handelskammer an

das k. k. Finanzministerium gerichtete Bitte um Ermäßigung der Preise aller Sorten Kochsalz um 2 fl. per Zentner durch eine gleiche Eingabe zu unterstützen und im ferneren an den Reichsrath eine Petition zu richten, damit derselbe die seitens seines volkswirthschaftlichen Ausschusses in dessen Berichte vom 6ten Dezember 1867 gestellten Anträge, betreffend eine gründliche Reform in Bezug auf Preise, Erzeugung und Bezug des Salzes, von neuem aufnehme, um sie endlich ihrer so dringend nothwendigen Verwirklichung zuzuführen.

## Gemeinderathssitzung

am 7. Februar.

(Schluß.)

### Vorträge der Schulsektion.

GR. Ritter referirt über die bisherigen Erhebungen der Schulsektion wegen Herstellung eines eigenen Schulgebäudes für eine städtische Hauptschule. Nachdem das der Sparkasse gehörige Zwayer'sche Haus in der Grabischavorstadt, auf welches man ursprünglich reflektirt hatte, sich hiefür als völlig ungeeignet herausgestellt, worüber zufolge gefaßten Gemeinderathbeschlusses auch der Stadtgenieur ein eigenes in gleichem Sinne lautendes Gutachten abgab, wurde von der vereinten Bau- und Schulsektion eine Beschäftigung des städtischen Terrains im Joys'schen Graben, wo einst ein großes Waarenmagazin gestanden, vorgenommen. Dieser Platz wäre, falls hiezu noch ein Baugrund von den angrenzenden Gärten der Krakauer gewonnen werden könnte, wegen seiner günstigen Lage in der Nähe der Vorstädte Krakau, Tirnau, Grabischa und der westlichen Stadttheile der Dompfarre und der Pfarre St. Jakob für einen Schulbau sehr günstig. Zugleich könnte im Falle der Ablösung des Joys'schen Gartens eine entsprechende Regulirung der sehr befahrenen Straße im Joys'schen Graben vorgenommen und das zum Schulbau nicht verwendete Terrain als Bauplatz leicht hintangegeben werden. Die beanspruchte Baufläche würde beiläufig 200 Quadratklaster betragen und es wäre außer acht Schulzimmern, von denen vier auf Parallelklassen entfielen, auch für eine Turnhalle und für die sonstigen Nebentotalitäten Sorge zu tragen. Ein neuer Schulbau ist für die Gemeinde unumgänglich nothwendig, denn die Zahl der schulpflichtigen Knaben in Laibach beträgt 818, und ihre Vertheilung auf die jetzigen Klassen gibt eine nach dem Volksschulgesetz nicht zulässige Ueberfüllung der einzelnen Lehrzimmer, daher jedenfalls in einer der beiden städtischen Schulen Parallelklassen beizustellen sind.

Die Schulsektion beantragt daher:

- 1) Die Erbauung einer neuen städtischen Volksschule wird als ein dringendes Bedürfnis anerkannt.
- 2) Der Bürgermeister wird ersucht, unter Bezeichnung von Mitgliedern der Schul- und Bauktion die Voreinleitungen zur Acquirirung des nöthigen Baugrunds im Joys'schen Graben mit gleichzeitiger Berücksichtigung des Projektes der Ablösung des Joys'schen Gartens zu treffen und die nöthigen Einvernehmungen mit den Parteien sogleich zu veranlassen.

Beide Anträge nebst dem Zusatzantrage des Dr. Schrey, daß der Magistrat im Falle der Erfolglosigkeit dieser Verhandlungen sogleich andere geeignete Bauplätze in Betracht ziehen und diesfalls die nöthigen Erhebungen pflegen soll, werden angenommen.

GR. Dr. Ritter v. Rattenegger gibt sodann eine eingehende Kritik des von uns bereits mitgetheilten Antwortschreibens des Landespräsidenten Baron Conrad auf den von der Stadtgemeinde gegen den Erlaß des Landeschulrathes vom 8. Oktober erhobenen Protest, womit die slovenische Sprache als Unterrichtssprache auch in den städtischen Volksschulen erklärt worden war. Referent bemerkt hierüber, daß die besagte Verordnung keineswegs, wie der Präsidialerlaß erörtert, lediglich als mit dem Lehrziele des deutschen Sprachunterrichtes sich befassend, sondern als eine Verfügung zu betrachten sei, welche, die tatsächlichen Schulverhältnisse in Laibach verkennend, ganz andere Lehrziele, und zwar jene als bestehend voraussetzt, welche im Sinne dieses Erlasses liegen, nämlich das Slovenische als Unterrichtssprache, das Deutsche als einen später hinzukommenden

